

## RICHTUNGSGEWERKSCHAFT UND GEWERKSCHAFTLICHE AUTONOMIE

1890-1914

(Schluss)

### III. DER KONFLIKT

Als es um die grossen Fragen der Taktik und nicht mehr nur um innerorganisatorische Konflikte ging, trat an die Stelle des Kompetenzstreits im einzelnen Fall der allgemeine Konflikt: die Frage nach der „Souveränität“ in der Arbeiterbewegung. Die Parteiaktion wird vom Veto der Generalkommission abhängig gemacht.

Die verschiedenen Massenstreiks, die um die Jahrhundertwende in verschiedenen Ländern Europas dieses Kampfmittel im Wahlrechtskampf erprobten, insbesondere die zentrale Bedeutung des politischen Massenstreiks in der russischen Revolution von 1905, brachten die Debatte über die Mittel, mit denen in Deutschland, zum Beispiel in Preussen, der Wahlrechtskampf zu führen sei, in Fluss. Der internationale Sozialistenkongress in Amsterdam 1904 beschäftigte sich mit der Frage des Massenstreiks. Die Debatte hatte in der Presse kaum einen gewissen Umfang erreicht, als die Generalkommission mit dem Kölner Gewerkschaftskongress 1905 den Beschlüssen der Partei in dieser Frage zuvorkam. Die Gewerkschaften stellten die Sozialdemokratie vor eine vollendete Tatsache. Die Aktualität der Frage wurde bestritten, jede Beschlussfassung über eine eventuelle zukünftige Anwendung politischer Massenstreiks wurde abgelehnt; der Gewerkschaftskongress erliess sogar in aller Form ein Diskussionsverbot. Der Referent zu dem Tagesordnungspunkt 4, „die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik“, Bömmelburg, sagte auf dem Kölner Kongress: Alle internationalen Kongresse haben sich damit beschäftigt. Für Deutschland ist der politische Massenstreik indiskutabel. Er wird auf der Tagesordnung des nächsten Parteitages voraussichtlich zu finden sein. „Daher mussten auch wir diesmal dazu Stellung nehmen, um nicht Gefahr zu laufen, dass wir uns später

Beschlüssen fügen mussten, die einseitig an anderer Stelle gefasst sind”.

Der folgende Parteitag in Jena im gleichen Jahre versuchte, sich über diese von den Gewerkschaften geschaffene Lage hinwegzusetzen. Das Diskussionsverbot teilte das Schicksal aller Diskussionsverbote, es brachte nur eine Belebung und Zuspitzung der damit zu verhindernden Diskussion. Doch blieben die Reden des Jenaer Parteitages wirkungslos. Man sprach über den Massenstreik theoretisch und grundsätzlich. Im Rahmen dieser „akademischen“ Erörterung allerdings gingen die Meinungen und Vorstellungen weit auseinander.

Bebel ebenso wie Bernstein und v. Elm betonten den friedlichen Charakter des politischen Massenstreiks und fassten ihn hauptsächlich als ein Abwehrmittel gegen Angriffe auf das fundamentale Recht, ohne dessen Geltung die Sozialdemokratie nicht existieren konnte, das freie und gleiche allgemeine Wahlrecht, ins Auge. Legien ebenso wie Rosa Luxemburg vertraten die Überzeugung, dass zwischen dem politischen Massenstreik und einer sozialen Revolution nicht unterschieden werden kann. Aus dieser gleichen Einschätzung des Massenstreiks durch Rosa Luxemburg und Legien ergab sich für beide die entgegengesetzte praktische Konsequenz. Legien lehnte den Massenstreik aus dem gleichen Grunde ab, aus dem Rosa Luxemburg sich dafür einsetzte.

Parteiraison verlangte gebieterisch eine offizielle Stellungnahme des Parteitages. „Wenn diese Frage an allen Ecken und Enden angeschnitten wird“ – sagte Bebel in seiner Rede in Jena – „gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, muss jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, dass die Partei den Vorschlag einmal diskutiert . . . Nun hat der Gewerkschaftskongress in Köln geglaubt, den Massenstreik durch die Annahme der Resolution Bömmelburg abzutun. Man lehnte den Generalstreik, wie ihn die Anarchisten und die Anarchosozialisten wollen, ab und erklärte, wir wollen weiter keine Diskussionen”.<sup>1</sup> v. Elm habe ihm aus der Seele gesprochen, sagte Bebel, als er eine energische Resolution anstelle dieser unklaren und widerspruchsvollen verlangte, eine Resolution, die den Einsatz der wirtschaftlichen Macht der organisierten Arbeiter im Falle eines Wahlrechtsraubes ankündigte. Die von Bebel dem Parteitag dann vorgeschlagene Resolution erklärte die „umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung“ sei eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse (Wahlrechtsraub) abzuwehren, oder

<sup>1</sup> Protokoll des Jenaer Parteitages 1905, S. 299.

um sich ein für ihre Befreiung wichtiges Grundrecht zu erobern. Der Bebelsche Resolutionsvorschlag empfahl neben der Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation „die unausgesetzte Aufklärung der Massen durch die Parteipresse und die mündliche und schriftliche Agitation“.<sup>1</sup>

Die Jenaer Resolution befriedigte die Anhänger des Massenstreiks aller Richtungen. Die orthodoxen Marxisten sahen mit Genugtuung eine neue Waffe dem Arsenal des Klassenkampfes eingereicht. Die Revisionisten betrachteten Bebels Referat als einen Sieg ihrer Bestrebungen.<sup>2</sup> Antiparlamentarier konstatierten zuversichtlich einen „Ruck nach links“, ein erstes Inbetrachtziehen „direkter Aktion“.

Der Widerspruch zwischen den Kölner Beschlüssen der Gewerkschaften und den Jenaer Beschlüssen der Sozialdemokratie musste auf irgend eine Weise überbrückt werden, sollte der Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft nicht zu unabsehbaren Zerwürfnissen führen. Zunächst versuchte man, in einer vertraulichen Besprechung des Parteivorstandes mit den Gewerkschaftsvorständen zu vermitteln. Bei diesen Besprechungen am 16. Februar 1906 einigte man sich auf sechs von Bebel vorgeschlagenen Thesen, in denen ein politischer Streik in Preussen für aktuell undurchführbar erklärt wurde. Damit war der Standpunkt von Jena bereits verlassen.

Die Zeitung der deutschen Anarchosyndikalisten „Einigkeit“ veröffentlichte Auszüge aus dem Protokoll dieser vertraulichen Besprechung. In der Folge dieser „plumpen“ Enthüllung stritt man sich langwierig um den authentischen Wortlaut der Bebelschen Thesen. Im Vorwärts vom 27. Juni und 1. Juli dementierte der Parteivorstand die Fassung der ersten Februarthese Bebels, wie sie von der „Einigkeit“ wiedergegeben worden war. Nach Bebel soll der Satz gelautet haben: „Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, *gegenwärtig* den politischen Massenstreik zu propagieren; sollte derselbe aber propagiert werden *müssen*, so wird sich der Parteivorstand mit der Generalkommission ins Benehmen setzen.“ Nach dem Protokoll der Konferenz vom Februar 1906, das die Zentralvorstände der Gewerkschaften angefertigt hatten, lautete der Satz: „Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen“.<sup>3</sup> Da es sich bei den Abmachungen der Februarkonferenz nur um die augenblickliche Situation gehandelt hatte, ist die Differenz unwesentlich; beide Fassungen enthalten den Wunsch: jetzt keinen

<sup>1</sup> K. Kautsky, Der politische Massenstreik, Berlin 1914, S. 125.

<sup>2</sup> Vgl. Bernsteins auf dem Jenaer Parteitag, Protokoll des Jenaer Parteitages 1904, S. 315.

<sup>3</sup> Vorwärts, 1. Juli 1906.

Massenstreik! Diese Indiskretionen, Dementis, Richtigstellungen und Interpretationen hatten eine Atmosphäre der Nervosität geschaffen, die zu liquidieren die Aufgabe des Mannheimer Parteitages von 1906 geworden ist. Es gibt kaum eine zweite Resolution in der Geschichte der Sozialdemokratie, um deren Wortlaut so heiss gestritten wurde, wie um den Wortlaut der Mannheimer Resolution, die den Friedensschluss zwischen Partei und Gewerkschaften formulierte. Die von Bebel formulierte Mannheimer Resolution bestätigte zunächst die Beschlüsse des Jenaer Parteitages. Ein Abänderungsvorschlag Legiens zur Resolution Bebels wünschte, dass der erste Passus gleicherweise die Kölner Gewerkschaftsresolution bestätigen solle, er solle lauten: „Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschluss zum politischen Massenstreik, der mit der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht“. Schliesslich einigten sich Bebel und Legien auf folgendes Amendement: „Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagbeschluss zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, dass der Beschluss des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluss, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt“. Diese Fassung des ersten Passus ist schliesslich angenommen worden. Unter den 62 Stimmen die gegen ihn stimmten, befanden sich u.a. v. Elm, Kautsky und Luxemburg.

Vergleicht man den Wortlaut, so stand die Kölner Gewerkschaftsresolution in scharfem Gegensatz zur Jenaer Resolution. In der Kölner Resolution hiess es: „Der Kongress . . . hält alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich: er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten. Den Generalstreik . . . hält der Kongress für indiskutabel“.

Noch umstrittener wurde der Wortlaut, als es sich um die Formulierung des Verhältnisses von Partei und Gewerkschaft selbst handelte. Bebel schlug vor: „Die Gewerkschaften stehen an Wichtigkeit hinter der Sozialdemokratie nicht zurück“. Kautsky machte folgenden Abänderungsvorschlag: „Sie sind nicht minder notwendig wie die sozialdemokratische Partei“, für Einheitlichkeit des Handelns aber sei es unbedingt notwendig, dass die Gewerkschaften vom Geiste der Sozialdemokratie „beherrscht“ werden: dies sei geboten „im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist“.

Um das anstössige „beherrscht“ zu vermeiden, schlug Quarck vor, im Amendement Kautsky an dessen Stelle „erfüllt“ zu setzen. Im Verlaufe der Debatte brachte Kautsky einen zweiten Abänderungsvorschlag ein. Wo es heisst, dass jeder Parteigenosse „sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Parteitagsbeschlüsse gebunden zu fühlen“ habe – sei einzufügen: „in dem Sinne, wie es Genosse Bömmelburg definiert hat“. Am Ende wurde eine Resolution Bebel-Legien-Kautsky gegen nur 5 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten u.a. v. Elm und Hué.

Die zielbewussten Gewerkschaftsführer lehnten die Jenaer Resolution in Jena ab und billigten sie in der Form der Mannheimer Resolution in Mannheim.<sup>1</sup>

Die Presse hatte den Jenaer Massenstreikbeschluss nicht sehr ernst genommen. Zum Beispiel bezweifelte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, dass die Sozialdemokratie gewillt oder auch nur im Stande sei, ihre Massenstreikdrohung auszuführen: sie liebe es eben, „mit dem Gedanken des revolutionären Massenstreiks zu spielen, um den eigenen Reihen Mut zu machen und ihnen eine papierene Anweisung auf eine bessere Zukunft“ zu geben. Die Frankfurter Zeitung sprach anlässlich des Mannheimer Parteitages von „grossen Worten“, einem „Fiasko“ und „leisem Rückzug“.<sup>2</sup>

In Mannheim wurden in einem Atem die Kölner Beschlüsse, die Jenaer Beschlüsse, die Bebel'schen Februarthesen und die Mannheimer Resolutionen gebilligt. Scheinbar hatte sich also wieder nichts geändert. In Wirklichkeit wurde der Friede zwischen Partei und Gewerkschaft auf der Basis der Kölner Beschlüsse geschlossen und über die Kluft zwischen Jena und Köln eine Wortbrücke geschlagen. Da der Gegensatz zwischen den Kölner Beschlüssen und den Reden von Jena keine praktische Bedeutung erlangte, fiel es nicht schwer, das Unvereinbare im Reich der Worte doch zu vereinbaren.

Auf dem Mannheimer Parteitag wurde zum ersten Mal den Gewerkschaften die Entscheidung in kritischen Situationen, die den Einsatz der ganzen Kampfkraft der Bewegung erforderten, von der Partei formell zugebilligt.

In der endgültigen Fassung der Mannheimer Resolution fehlte die ausdrückliche Verpflichtung der Gewerkschaftler auf die Parteitagsbeschlüsse ebenso wie die Begründung dieser Verpflichtung mit der Charakterisierung der Sozialdemokratie als der „höchsten und umfassendsten Form des proletarischen Klassenkampfes“. Kautsky

<sup>1</sup> Protokoll des Mannheimer Parteitages, S. 271.

<sup>2</sup> Frankfurter Zeitung vom 5.7.1906.

begründete die Zurücknahme der letzten beiden Punkte damit, dass die Diskussion gezeigt habe, diese Grundsätze seien für Alle selbstverständlich und Rücksichten technischer Zweckmässigkeit verböten es, sie formell zum Beschluss zu erheben. Er hielt diese Beurteilung auch in seiner 1914 erschienenen Schrift über den politischen Massenstreik aufrecht.<sup>1</sup>

1893 hatte der Parteivorstand die Bedeutung der gewerkschaftlichen Zentralisation und die Bildung einer zweiten Zentralinstanz in der Arbeiterbewegung offiziell ignoriert. Um 1900 hatte er die Neutralisation der Gewerkschaften als eine niemals gelegnete taktische und juristische Notwendigkeit interpretiert. Jetzt, 1906, erklärte der Parteitag, die Einräumung eines Vetorechtes der Generalkommission für alle Massenstreikaktionen ändere am Verhältnis von Partei und Gewerkschaft grundsätzlich nichts. Dass man den Anspruch der Gewerkschaften auf Selbstständigkeit und Unabhängigkeit einmal als „Grössenwahn“ abgetan hatte, woran Legien in einem Begrüssungsartikel zum Kölner Gewerkschaftskongress erinnert hat, war vergessen.

In der Ideologie hielt der orthodoxe Marxismus an der alten Vorstellung vom Vorrang der Partei fest. Bebel hat 1905 wie um die Jahrhundertwende die Neutralität der Gewerkschaften nur in dem formellen, von niemandem bestrittenen Sinne interpretiert. Er sagte auf dem Parteitag von Jena: „Ich habe niemals die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen vertreten, sondern nur gesagt, dass die Gewerkschaften sich nicht als Anhängsel einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genötigt sind, alle Arbeiter in ihre Mitte aufzunehmen und diese Aufnahme nicht von einem politischen Glaubensbekenntnis abhängig machen dürfen“.<sup>2</sup> Kautsky interpretierte noch 1914 die Annahme seines Amendements in Mannheim als eine Ablehnung der gewerkschaftlichen Neutralität.

Die sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften in den Krisenjahren 1900 und 1901 hatte einen Rückgang der Streiks zur Folge.

Nach der Gewerkschaftsstatistik waren an Streiks beteiligt:

1900	115.711	Arbeiter
1901	48.522	—
1902	55.713	—

<sup>1</sup> Karl Kautsky, *Der politische Massenstreik*, Berlin 1914, S. 186 f.

<sup>2</sup> Protokoll des Jenaer Parteitages 1905, S. 313.

Nach Angaben des Kaiserlichen Statistischen Amtes war der Rückgang der an Streiks Beteiligten folgender:

1900: 122.803

1901: 55.262,

1902: 53.912.

In den Jahren 1901 bis 1903 überwogen die Abwehrkämpfe und die Aussperrungen. Der Prozentsatz der erfolglosen Arbeitskämpfe war 1902 am grössten. Die Aussperrungen endeten fast immer mit einem Sieg der Unternehmer, so die Aussperrung von 7.000 Metallarbeitern in Berlin und die Aussperrung von 4.200 Metallarbeitern in Iserlohn. Der Versuch der Kupferschmiede in Hamburg-Altona, die anlässlich der Feier des ersten Mai die Arbeit niedergelegt hatten, die daraufhin erfolgenden Strafaussperrungen mit einem Streik zu beantworten, schlug fehl. Im August wurden Glasarbeiter ausgesperrt, weil sie es ablehnten, auf gewerkschaftliche Organisation zu verzichten. Als im Folgejahr der Glasarbeiterverband den Generalstreik aller Glasarbeiter erklärte, antworteten die Unternehmer mit Exmittierungen. An dem Streik nahmen 3.885 Arbeiter teil. Die Generalkommission hatte zur Vorsicht gemahnt. Der Streik endete nach acht Wochen – zum Teil wegen nicht ausreichender Mittel zur Finanzierung des Streiks – resultatlos.

Die Krise 1900–1901 war Anstoss zu einer Verstraffung des Streikreglements. Die Mitglieder wurden mehr als früher ausgeschlossen von der Aktionsentscheidung, die Zentralisation verstärkt. In einigen Orten, vor allem in Berlin, traten in Zusammenhang mit innergewerkschaftlichen Verfassungskämpfen zahlreiche Mitglieder der Zentralverbände zu den Lokalisten über.<sup>1</sup>

Eine weitere Folge der rückläufigen Arbeitsmarkttendenz war ein Rückgang der Mitgliederzahl:

1900: 680.427 Mitglieder, 1901: 477.510 Mitglieder. Der Rückgang war durch Einführung gewerkschaftlicher Arbeitslosenunterstützung modifiziert und ist als die überhaupt erste Unterbrechung der kontinuierlichen Mitgliederzunahme symptomatisch. Zum ersten Mal seit 1894 stagnierte die Gewerkschaftsbewegung. Die Organisationen suchten nach den Erfahrungen der 1900-Krise sich gegen künftige Rückschläge durch den weiteren Ausbau der gewerkschaftlichen Unterstützungsleistungen zu sichern.

So führten zum Beispiel der Fabrikarbeiterverband, die Maler, die Steinarbeiter und die Vergolder 1902, die Lederarbeiter 1903, die Arbeitslosenunterstützung erstmalig in ihren Verbänden ein. Die gewerkschaftlichen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung betragen

<sup>1</sup> 3,9% der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in Gross-Berlin waren im Jahre 1906 in Lokalverbänden organisiert, die von der Generalkommission unabhängig waren. Vgl. Neue Zeit Jg. XXVI, 1908, S. 450.

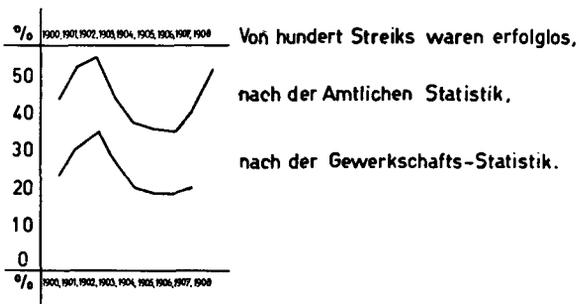
1900: 6,2%, 1902: 15,9% der Gesamtausgaben. In den gleichen Jahren gingen die Ausgaben für Streikunterstützung von 32,4% (1900) auf 19,4% (1902) zurück.

Auf eine Rundfrage des Vereins für Sozialpolitik kamen von den Buchbindern, den Maurern und den Handelsarbeitern Berichte über Tarifbrüche seitens der Unternehmer, von den Steinarbeitern, z.B. in Berlin, Berichte über vorzeitige Kündigungen von Tarifen. Die konjunkturelle Zunahme der Arbeitslosigkeit machte es unmöglich, solchen Tarifbrüchen und Kündigungen mit Abwehrstreiks zu begegnen.

Im Winter 1902-'03 ging das Geschäft wieder flott. Die Zahl der Lohnkämpfe nahm rapide zu. 1906 waren drei Fünftel aller Lohnkämpfe Angriffstreiks. Der Prozentsatz der Streikniederlagen ging zurück (s. Figur 1).

Jahr	Angriffstreiks	Beteiligt	Abwehrstreiks	Beteiligt
1900	541	86 786	292	14 295
1901	291	22 761	441	17 301
1902	289	32 659	516	16 267
1903	603	53 763	597	22 067
1904	886	81 427	627	23 128
1905	1261	333 238	809	30 679
1906	2045	183 756	1014	38 930
1907	1635	142 944	834	33 348 <sup>1</sup>

FIGUR 1



Zwei grosse Arbeitskämpfe sind für die Zeit des erneuten Aufschwunges charakteristisch.

Nachdem Verhandlungen der Textilarbeiter in Crimmitschau

<sup>1</sup> Correspondenzblatt, 1914, Statistische Beilagen, S. 283. Das Kaiserliche Statistische Amt gibt für 1905 408.000 Streikteilnehmer an, und für 1906 272.000. Statistik des Deutschen Reiches, Band 279.

(Sachsen) über den Zehnstudentag gescheitert waren, traten die Arbeiter im August 1903 in den Streik. Der Streik sollte zu einer Kraftprobe werden. Der Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie erhöhte die Verbandsbeiträge auf das Dreifache, um seinen Kampf mit den Textilarbeitern zu finanzieren. Schliesslich kam auch der Zentralverband deutscher Industrieller zu Hilfe. Es gelang nur durch diese vereinten Anstrengungen, die völlige Niederlage der Unternehmer zu verhindern. Und es war dieser Textilstreik in Crimmitschau, der die Unternehmer geneigter denn je für einen Zusammenschluss machte. Nahezu die Hälfte aller Reichsverbände der Arbeitgeber sind in den Jahren unmittelbar nach dem Crimmitschauer Streik gegründet worden.

Gegenüber dem besser organisierten Unternehmertum wurden Gewerkschaftskämpfe immer riskanter. Das zeigte zum Beispiel der grosse Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1905. Der Streik begann lokal auf den einzelnen Zechen. Sympathiestreiks folgten. In wenigen Wochen waren 220.000 Arbeiter im Ausstand. Der Kampf dauerte vom 7. Januar bis zum 15. Februar und musste trotz der Solidaritätsaktionen, die er auslöste, und trotz der Sympathie, die er ebenso wie der Crimmitschauer Streik in der öffentlichen Meinung fand, erfolglos abgebrochen werden. Mehrere Millionen Mark waren durch Sammlungen aufgebracht worden, aber die Organisation erwies sich als zu schwach. Dieser Streik war Anstoss zu der Berggesetznovelle, die einige Konzessionen an die Arbeiter enthielt. Mit Ausnahme der Konservativen stimmten alle Parteien im Reichstag für gesetzliche Regelung der Löhne und der Arbeitszeit, für Wählbarkeit der Grubenkontrolleure und für die Errichtung von Arbeiterausschüssen „zur Erörterung von Beschwerden und Misständen, Regelung des Strafgesetzwesens und zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen.“ Die Reichsregierung legte aber keine Gesetzesvorlage vor, obgleich im Reichstag eine Mehrheit für die Berggesetznovelle bestand. Der preussische Landtag nahm dann ein der Novelle nicht entsprechendes Gesetz an.

Das Schicksal der Berggesetznovelle zeigte die Ohnmacht der parlamentarischen Aktion im wilhelminischen Reichstag mit dem preussischen Dreiklassensystem zur Seite. Es blieb – wie es im Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag 1905 heisst – beim blossen „Schein der Arbeiterfreundlichkeit“. Eine Reform des Wahlrechts in Preussen wurde immer dringlicher zu einer Lebensfrage für die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie. Überdies drohten Wahlrechtsverschlechterungen. Die aktiveren Elemente in der Sozialdemokratie hielten Umschau nach ausserparlamentarischen Mitteln. Die Gewerk-

schaftsvorstände lehnten es angesichts der wachsenden Schwierigkeiten der alltäglichen Lohnkämpfe kategorisch ab, den Wahlrechtskampf durch Massenstreiks zu aktivieren. Die Gegenüberstellung des Crimmitschauer Streiks von 1903 und des Bergarbeiterstreiks von 1905 zeigt, dass die Entwicklung von Koalition und Gegenkoalition im Wirtschaftskampf an einem Wendepunkt angekommen war. Die Auswirkungen dieser veränderten Lage, der sich die Gewerkschaften gegenübersehen, werden erst in den Folgejahren voll sichtbar. Für den Augenblick konnte man noch auf genug Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und auf den stetigen Ausbau der Organisation hinweisen.

In der 1910 von der Generalkommission herausgegebenen Broschüre „Sisyphusarbeit oder positive Erfolge?“ sind für das Jahrzehnt 1895-1905 die Ergebnisse der Lohn- und Arbeitsstatistik aller grösseren Verbände zusammengestellt.

Einige Beispiele:

*Löhne und Arbeitszeit der Zimmerer*

Verteilung der Tagelohnklassen auf die Mitglieder des Zimmererverbandes in Prozenten.

Jahr	unter 3 Mk	über 3 Mk	über 4 Mk	über 5 Mk	über 6 Mk	über 7 Mk
1902	0,59	17,18	38,5	34,33	9,4	—
1908	—	1,43	16,27	56,65	17,46	8,19

Verteilung der Zeitklassen auf die Mitglieder in Prozenten

Jahr	Länger als 10 Stunden	10 Stunden	Kürzer als 10 Stunden
1902	9,56	48,7	41,74
1908	—	43,89	56,11

*Stundenlöhne der Steinsetzer im Durchschnitt*

	1901	1903	1908
Steinsetzer	56,5 Pf.	58,5 Pf.	61,1 Pf.
Rammer	44,5 „	46,7 „	55,4 „

*Arbeitszeit der Steinsetzer für 117 Lohngebiete*

Jahr	9 Stunden	9½–10½ Stunden	11 Stunden und mehr
1902	821	2466	177
1908	1602	2743	54

Prozentuale Steigerung des Durchschnittswochenlohns  
der Holzarbeiter:

$\frac{1893}{100}$	$\frac{1897}{106,8}$	$\frac{1902}{116,6}$	$\frac{1906}{134,7}$
--------------------	----------------------	----------------------	----------------------

Durchschnittsarbeitszeit in der Holzindustrie (Wochenstunden):

1902: 58,3	1906: 57,0
------------	------------

Der Fabrikarbeiterverband (Ungelernte) gab als Durchschnittslöhne und Durchschnittsarbeitszeiten seiner Mitglieder für Gross-Berlin folgende Zahlen an:

1898	20,69 Mk Wochenlohn	10,21 Tagesstunden
1907	25,81 „ „	9,38 „

Bei der Steigerung des Nominallohnes handelte es sich zu einem grossen Teil um eine Angleichung an die gestiegenen Lebensmittelpreise. Nach kurzer Stagnation im Krisenjahr nahm in dem Jahrfünft 1903-1907 die Mitgliederzahl der Gewerkschaften auf mehr als das Doppelte zu, das heisst in dem gleichen Tempo wie in dem Jahrfünft 1895-1900. 1903: 887.689, 1907: 1.865.506 (1896 waren es 329.230, 1900: 680.427). Der Vermögensstand der Verbände verdreifachte sich in dem gleichen Zeitabschnitt. 1903 hatten 63 Verbände 12.973.726 Mk., 1907: 61 Verbände 33.242.545 Mk. (die entsprechenden Zahlen für 1896 sind: 49 Verbände mit 2.323.678 Mk. und für 1900: 58 Verbände mit 7.745.902 Mk.).

Den praktisch-reformistischen Appetiten der wachsenden Gewerkschaftsbewegung stand die parlamentarische Ohnmacht der Sozialdemokratie gegenüber. Die Revisionisten als die Sprecher des neuen Gewerkschaftsreformismus waren zugleich weit mehr als die orthodoxen Marxisten von der Richtigkeit der parlamentarischen Aktion überzeugt und deshalb musste der Wahlrechtskampf für sie um so grössere Bedeutung haben. Das erklärt ihr auf den ersten Blick paradoxes Interesse für den politischen Massenstreik. Das Ketzergericht des Parteitagcs in Dresden 1903, das dem orthodoxen Marxismus zu einem Scheinsiege über die Revisionisten verholfen hatte, schien auch die neuen Prosperitätsideologien, die Verabsolutierung der Gewerkschaftserfolge, endgültig verurteilt zu haben. Aber in der Auseinandersetzung zwischen Partei und Gewerkschaft über die Frage des Massenstreiks wurde die latente institutionelle Struktur, die aller Arbeiterbewegung in Industriegesellschaften zugrunde liegt, manifest. Der Beschluss, der der strukturellen Wandlung, dem Übergang der deut-

schen Sozialdemokratie zum englischen Modell, Anerkennung verschaffte, war in seinem Inhalt negativ: der Kölner Gewerkschaftskongress von 1905 legte formell fest, wer bei der Beschlussfassung über die Aktion der Gesamtbewegung den Ausschlag zu geben hat, es wurde aber beschlossen, dass es zur Aktion – wenn es sich irgend vermeiden liesse – gar nicht kommen sollte; der Mannheimer Parteitag nahm die Kölner Beschlüsse zur Kenntnis und passte ihnen die Linie der Partei an.

#### IV. BÜROKRATISIERUNG

Im Herbst 1907 hatte der amerikanische Kupfer- und Bankkrach die internationale Wirtschaftskrise eingeleitet. Konkurse, Arbeitslosigkeit, Rückgang der Bautätigkeit gaben dem Jahr 1908 seinen Charakter. 1909 ist die Krise überwunden.

Der Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen und insbesondere ihres Unterstützungswesens (besonders wichtig war die Arbeitslosenunterstützung) hat nicht ausgereicht, die Gewerkschaften krisenfest zu machen.

Jahr	Angriffsstreiks	Beteiligt	Abwehrstreiks	Beteiligt
1907	1635	142 944	834	33 348
1908	678	30 187	1117	36 120
1909	832	54 030	1007	42 720
1910	1385	110 613	859	32 500
1911	1705	169 657	1002	42 239
1912	1543	352 190	926	45 400
1913	1307	140 615	866	36 979 <sup>1</sup>

Die Angriffstreiks erreichten 1908 ein Minimum, die Abwehrstreiks ein Maximum. Die Korrelation von Streikerfolgen und industriellen Zyklus kann durch die Gegenüberstellung der Verhältniszahlen der (ganz und teilweise) erfolgreichen Streiks mit den Verhältniszahlen der erfolglosen Streiks anschaulich gemacht werden (s. Figur 2):

<sup>1</sup> Correspondenzblatt, 1914, Statistische Beilagen, S. 283, Das Kaiserliche Statistische Amt gibt folgende Daten: (Streikenden in Tausenden)

1907	1908	1909	1910	1911	1912
192	68	96	155	217	406

Statistik des Deutschen Reiches, Band 279.

FIGUR 2

Ganz und teilweise erfolgreiche Streiks: ———  
 Erfolgreiche Streiks: - - - - -

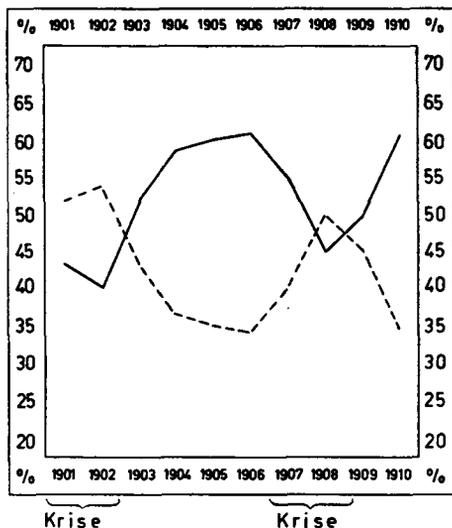


Diagramm: Konjunkturelle entgegengesetzt laufende Kurven des Anteils der erfolgreichen und der erfolglosen Streiks an der Gesamtzahl.

Noch deutlicher als bei den Streiks sind die Krisenwirkungen bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung. Es waren beteiligt:

	<i>an Angriffsbewegungen</i>	<i>an Abwehrbewegungen</i>
1907	507.000	17.000
1909	288.000	60.000

Der Prozentsatz der erfolgreichen Angriffsbewegungen sank

von 1907: 77,8  
 auf 1908: 54,2

Die Zahl der an erfolgreichen Bewegungen Beteiligten sank

von 1907: 90,9%  
 auf 1908: 30,6%<sup>1</sup>

Entsprechend brachten die Jahre 1908-1909 die zweite Zäsur in der kontinuierlichen Mitgliederzunahme (Rückgang um 33.757). Der

<sup>1</sup> Correspondenzblatt 1912 Statistische Beilagen, S. 245.

Rückgang wird erst 1910 aufgeholt und überholt. Dennoch wurde der Vermögensstand von der Verminderung der Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen (um 2.852,388 Mk.) nicht berührt. Das Vermögen der 61 Verbände wuchs trotz der Krise – wie übrigens auch 1901 – und zwar von 33,2 Millionen Mark auf 40,8. Die Ausgaben verminderten sich im Jahre 1908 gegenüber 1907 um mehr als eine Million Mark.

Das Krisenjahr 1908-1909 führte zum ersten Mal in Deutschland zu einer Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Kommunalbehörden. Die Gewerkschaften suchten die Gemeinden zu statistischen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit zu veranlassen. Bisweilen konnte man sich über die Voraussetzungen einer solchen Zusammenarbeit nicht einigen. So in Berlin und Stettin. In vielen Orten aber fand man eine für beide Seiten akzeptable Form. Diese in der deutschen Geschichte erste Zusammenarbeit von Behörden und Arbeiterorganisationen schloss die formale Anerkennung der Gewerkschaften als „nützlicher und notwendiger sozialer Einrichtungen“ ein. In Nürnberg führte sie zur Bildung eines paritätischen Verwaltungsausschusses der Städtischen Unterstützungskasse für Arbeitslose. Zwei Vertreter wurden von der Stadtverwaltung gestellt, zwei von den Gewerkschaften und einer von der Städtischen Arbeitslosenversicherung.

Die der Krise folgende Konjunkturperiode wurde bestimmt durch die Unternehmeroffensive. Von zwei Seiten erfolgte der Angriff. Erstens wurde auf Basis der vorgeschrittenen Kartellierung und der durch den Zolltarif von 1902 eingeleiteten Erhöhung der Schutzzölle das Preisniveau in die Höhe getrieben und der Reallohn bedroht. Zweitens gingen die seit dem Crimmitschauer Streik von 1903 forcierten Gegenkoalitionen der Unternehmer zu gross angelegten Frontalangriffen auf die Gewerkschaften über, wobei ihnen die gewerkschaftsfeindliche Praxis der Gerichte sekundierte.

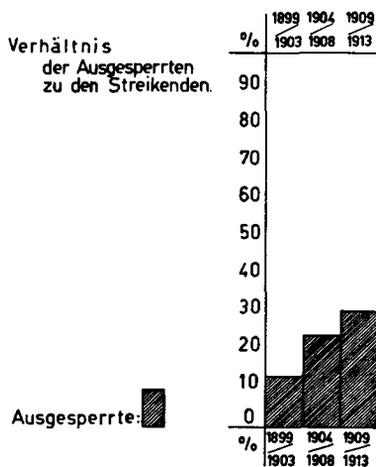
Die Kartelle haben es ermöglicht, den Inlandspreis auf den vollen Betrag von Weltmarktpreis plus Zoll zu steigern.<sup>1</sup> Die amtliche Preisstatistik Preussens zeigt eine enorme Steigerung gerade bei Massenkonsumartikeln wie Fleisch, Erbsen, Butter und Kartoffeln. Entsprechend stiegen die Haushaltskosten. 1906 bis 1912 lag der Jahresdurchschnitt der Haushaltskosten 27 Prozent über den Jahresdurchschnitt von 1896 bis 1900. 1912 war das teuerste Jahr dieses ganzen Zeitabschnittes.<sup>2</sup> Dies war die eine Seite. Die andere Seite – die zu-

<sup>1</sup> Vgl. Lujo Brentano, *Ist das System Brentano zusammengebrochen?* Berlin 1918.

<sup>2</sup> Nach einer Berechnung in Tyszka, *Die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse*, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 1914, S. 259 ff.

nehmende Aktivität der Arbeitgeberverbände, der Streikversicherungskassen von Unternehmern, kurz, die Gegenorganisation des Unternehmertums, die sich auf der Basis der kartellierten Industrie erhob, war nicht minder bedrohlich für die gewerkschaftliche Aktion. Bis zum Ausbruch des Krieges 1914 nahm die Zahl der Aussperrungen zu. Die Aussperrungen erreichten im Jahre 1906 und im Jahre 1910 ein Maximum. 1910 waren fast ein Drittel aller Wirtschaftskämpfe Aussperrungen von Seiten der Unternehmer. Die Unternehmer bestimmten gemäss der Geschäftslage Zeit, Ort und Umfang der Arbeitskämpfe mehr und mehr selbst und nahmen den Gewerkschaften die Initiative aus der Hand.

FIGUR 3



Die Formerstreiks des Frühjahres 1906 zeigten das typische Bild der neuen Situation: einzelne und erfolgreiche Lohnkämpfe stehen plötzlich an der Schwelle einer Generalaussperrung durch das organisierte Unternehmertum. Angesichts der drohenden Aussperrung zogen die Arbeiter ihre Hauptforderungen zurück: Mindestlöhne und Anerkennung der Gewerkschaft als Verhandlungspartner. Mehr als jedes andere Ereignis hat der grosse Streik in Schweden 1909 die neue Situation in ihrer ganzen Bedeutung in das Bewusstsein der Gewerkschaftler aller europäischen Länder gerückt. Einem Proteststreik gegen Massregelungen in der Porzellanfabrik Gothenburgs, der sich ausbreitete und schliesslich Lohnfragen aufwarf, begegnete das Unternehmertum mit einem Ultimatum. Für den Fall einer Ablehnung war eine wohlorganisierte Aussperrung angekündigt, die nach und nach

verschiedene Industriezweige einbeziehen sollte. Die Arbeiter proklamierten daraufhin Anfang August einen gut organisierten Massestreik. Trotz Ausdauer, Disziplin, gefüllter Gewerkschaftskasse, und der Solidarität der europäischen Arbeiter, endete der Kampf mit einer Niederlage. Viele Arbeiter kehrten der Organisation enttäuscht den Rücken; die Verbände verloren fast die Hälfte ihrer Mitglieder.

Noch immer war der berüchtigte Paragraph 153 der Gewerbeordnung, der für Vergehen in wirtschaftlichen Kämpfen höhere Strafen als das Strafgesetzbuch vorsah, in Geltung. Vergeblich protestierte der Gewerkschaftskongress von 1911 gegen seinen Fortbestand. Der Schutz des Paragraphen 193 des Strafgesetzbuches, welcher Straffreiheit oder Strafmilderung bei „Äusserungen zur Wahrnehmung berechtigter Interessen“ vorsah, fand niemals Anwendung, wenn es sich um angeklagte Streikende, oder um gewerkschaftlich organisierte Arbeiter handelte. Zwar hatte der Paragraph 152 der Gewerbeordnung „alle Verbote und Strafbestimmungen wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insbesondere mittels Einstellung der Arbeit“ aufgehoben. Aber um den Paragraphen 152 zu umgehen, drohte man den Gewerkschaften damit, sie als politische Vereine zu erklären und so nach dem bestehenden Vereinsrecht ihre Verbindung untereinander zu verbieten. Ein Gutachten aus dem Jahre 1913 bezeichnete es bereits als Politisierung, dass sich die Holzarbeiter für die Einführung von Schutzgesetzen zur Bekämpfung der Milzbrandinfektion, einer Forderung der Bürstenmacher, interessierten. In manchen Punkten übertraf der Vorentwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch von 1911 die berüchtigte „Zuchthausvorlage“ von 1899 (s. *Int. Rev. of Soc. Hist.*, Vol. II, 1957, Part 1 Seite 43). Er schloss die Eisenbahner, die Post-, Telegraphen-, Elektrizitäts- und Gasarbeiter vom Koalitionsrecht aus und erklärte die bloße Androhung eines Streiks für strafbar, womit jedes Verhandeln mit dem Unternehmer vor einer Arbeitseinstellung gesetzwidrig wurde. Bis 1914 hat es nur eine einzige Verbesserung der Rechtsgrundlagen der Gewerkschaftspraxis gegeben. Das Vereinsgesetz von 1908 beseitigte die landesrechtlichen Bestimmungen bezüglich des In-Verbindung-Tretens von politischen Vereinen.<sup>1</sup>

Während die Gegner der Gewerkschaften das Gespenst einer drohenden „gewerkschaftlichen Schreckensherrschaft“ an die Wand malten und von „Rentenhysterie“ redeten, befanden sich die Gewerkschaften in Wirklichkeit gegenüber der Unternehmeroffensive und den Einschränkungen des geltenden Koalitionsrechtes in einer Zwangslage: auf partielle Streiks wurde mit Generalaussperrungen geant-

<sup>1</sup> Vgl. über Arbeitswilligenschutz und Unternehmerterror das Referat Alexander Schlicke auf dem Münchener Gewerkschafts-Kongress 1914.

wortet und die nominellen Lohnaufbesserungen wurden durch die Verteuerung der Lebenshaltung wieder in Frage gestellt. Die wachsende Unzufriedenheit der Mitglieder Massen aber drängte auf Kämpfe und hielt sich nicht immer an den Buchstaben des Gesetzes und des gewerkschaftlichen Streikreglements.

Aus der Zwangslage wird die gesteigerte Empfindlichkeit verständlich, mit der die Gewerkschaftsvorstände sich gegen das nicht neue Schlagwort von der gewerkschaftlichen „Sisyphusarbeit“ zur Wehr setzen und aus der gleichen Lage entsprangen Konflikte zwischen Mitgliedschaft und Bürokratie und die Debatten über das Massenführerproblem. Allen Skeptikern gegenüber hatten die Gewerkschaftler immer darauf hingewiesen, dass erst einmal die Organisationen aufgebaut und ausgebaut werden müssten. Nun war ein Jahrzehnt eines beispiellosen Aufstieges der gewerkschaftlichen Organisation abgelaufen und noch immer beharrte man auf dem Argument: zum Ausbau unserer Organisation brauchen wir vor allem Ruhe.

Die Gewerkschaften zählten 1913 zehn Mal soviel Mitglieder wie 1895 und die Zunahme der bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre war stärker als die Zunahme der Mitgliederzahl. Die Zahl der Gewerkschaftsangestellten wuchs in einem Jahrzehnt mehr als fünfmal so schnell wie die Mitgliederzahl.

1902: 111 Angestellte auf 733.206 Mitglieder  
 1912: 1937 „ „ 2553.162 „ 1

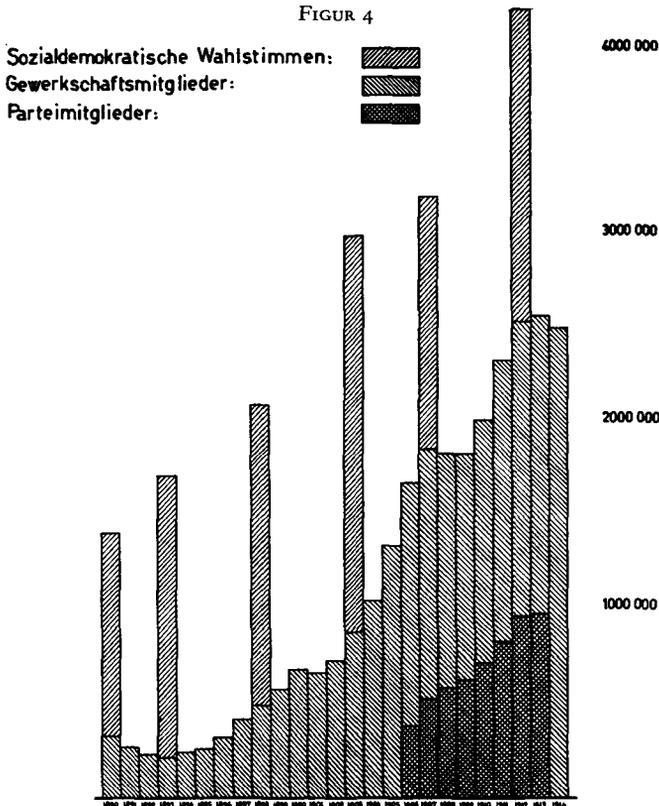
Für den Zeitabschnitt nach 1906 liegen auch Vergleichszahlen für die Mitgliederbewegung der Partei vor.

Jahr	Partei- mitglieder	Gewerkschafts- mitglieder	%
1906	384 327	1 689 785	23
1907	530 466	1 865 506	28
1908	587 336	1 831 731	32
1909	633 309	1 832 667	34
1910	720 038	2 017 298	36
1911	836 562	2 339 785	35
1912	970 112	2 553 162	38
1913	982 850	2 573 718	38 2

<sup>1</sup> Vgl. die Angaben des „Unterstützungsvereins der in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung tätigen Beamten“.

<sup>2</sup> August Mai, Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik, Dresden 1912, S. 15. Für die Zeit zwischen 1878 bis 1906 fehlt eine zusammenfassende Parteistatistik. Vgl. W. Schröder, Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Deutschland, Dresden 1912.

Die Parteimitgliedschaft wächst relativ schneller. Sie nimmt auch im Krisenjahr 1908 zu, während die Gewerkschaft in diesem Jahr Verluste hat. Ein Vergleich der sozialdemokratischen Wahlziffern mit den Mitgliedsziffern der freien Gewerkschaften zeigen eine Gewichtsverschiebung zugunsten der freien Gewerkschaften. 1890 war die Mitgliedschaft der freien Gewerkschaften ungefähr ein Fünftel der



sozialdemokratischen Wahlstimmen des gleichen Jahres. 1893 ist die Spanne zwischen beiden Ziffern infolge der Depression grösser; die Gewerkschaftsmitgliedschaft beträgt nur ein Achtel der sozialdemokratischen Wahlstimmen. 1898 nach vier Jahren der Prosperität ist die Mitgliedschaft der Gewerkschaft bereits ein Viertel aller Wahlstimmen. Sie wächst nun kontinuierlich bis 1912. 1903 ist sie fast ein Drittel, 1907 schon mehr als die Hälfte und 1912 weit mehr als die Hälfte, fast schon zwei Drittel der sozialdemokratischen Wahlstimmen.

Nach einer Berechnung auf Grund von Wahlstatistik und Sozialstatistik müssen in den Jahren 1893 und 1898 <sup>1</sup> je über ein Viertel der sozialdemokratischen Stimmen aus nichtproletarischen Wählerkreisen stammen. Die Wahlen am 16. Juni 1903 brachten der Sozialdemokratie fast ein Drittel aller gültigen Stimmen. In Sachsen entfielen auf die Sozialdemokratie 58,8% aller abgegebenen Stimmen, in Hamburg 62,2%, in Berlin 66,8%, in Altona sogar 70,1%. Es ist offenbar, dass dies mehr Wahlstimmen sind, als Arbeiter unter den Wählern angenommen werden können. Selbst wenn alle Arbeiter sozialdemokratisch gewählt hätten, müsste die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft sozial heterogen gewesen sein. Nach der zitierten Berechnung kamen auf drei Millionen Stimmen des Jahres 1903 ein Minimum bürgerlicher Stimmen von 560.000 und ein Maximum möglicher Arbeiterstimmen von 2.440.000 und es ist wahrscheinlich, dass der Anteil bürgerlicher Stimmen tatsächlich weit über diesem Minimum gelegen hat.

1913 war die Konjunktur zum ersten Mal seit 1907 wieder rückläufig. Im Dezember 1913 war die gewerkschaftliche Arbeitslosigkeit grösser als im Dezember 1908 (3,8% der Mitglieder). Die Mitgliederzahlen gingen zurück, diesmal nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch bei der Partei. In beiden Organisationen machte die Anspannung der Situation sich bemerkbar. Auf dem Jenaer Parteitag 1913 lebte die Massenstreikdebatte wieder auf. Der Münchner Gewerkschaftskongress 1914 war von der Debatte über den Konflikt zwischen Mitglieder-masse und Gewerkschaftsbürokratie im Metallarbeiterverband beherrscht.

Schon oft hatte der Abbruch von Streiks auf Anordnung der Gewerkschaftsinstanzen den Unwillen der Mitglieder-massen hervorgerufen, so in Crimmitschau 1903 und nach dem Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet 1905. 1908 kam es im Metallarbeiterverband anlässlich des Streiks der Mannheimer Ströbel-Werke zum offenen Konflikt. Die Verbandsleitung forderte den Abbruch des Streiks, um eine Generalaussperrung aller Metallarbeiter zu vermeiden. Die Urabstimmung ergab eine Mehrheit für weiterstreiken. Ähnliches wiederholte sich 1913 beim Hamburger Werftarbeiterstreik. Der Streik brach aus, noch während die Verbandsleitung mit den Werften verhandelte. Der Verband lehnte daraufhin die Zahlung von Streikunterstützung ab. In Bremen und anderen Hafenstädten schlossen sich grosse Arbeitermassen unter Protest gegen den Verbandsvorstand dem Streik an. 35.000 Arbeiter standen wochenlang in „wildem“ Streik, darunter 23.000 Metallarbeiter. Man berief eine ausserordentliche

<sup>1</sup> R. Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 22, S. 507 ff.

Generalversammlung ein, in der die Mehrheit für den Vorstand stimmte. Die angenommene Resolution war ein Kompromiss. Sie gab dem Vorstand zwar sachlich recht, erklärte sich aber für eine Weiterführung und Finanzierung des Streiks durch den Verband. August Winnig schrieb dazu in der Neuen Zeit: „Es war die Masse, die von Elementarkraft getrieben, stürmisch über alle Rücksichten hinwegschritt. Da war nichts Persönliches mehr, das war ein Ausbruch von der Unwiderstehlichkeit einer Naturgewalt. Hier heisst es nicht verurteilen, sondern verstehen.“

Innergewerkschaftliche Konflikte dieser Art wurden häufiger, weil die Arbeiter erwarteten, endlich die Früchte ihrer langjährigen Organisationsarbeit einbringen zu können und weil der Gewerkschaftskampf nicht einmal in der Lage war, den Reallohn zu halten.

Als die Enttäuschung dem Optimismus des Vorangegangenen „Jahrzehntes der Gewerkschaften“ gefolgt war, herrschte Einmütigkeit unter den drei Richtungen des Marxismus in der sozialdemokratischen Partei in dieser Phase, dass die Gewerkschaft nur als ein Mittel der sozialen Notwehr innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft aufzufassen seien. Der linke Flügel und das Parteizentrum unterschieden sich von den Rechten nur durch eine verschiedene Beurteilung des Umfangs des mit gewerkschaftlichen Mitteln Erreichbaren.

Das „Endziel“ existierte für Alle ohnehin nur ideologisch. Die Rechten mit ihrer wirtschaftsdemokratischen Theorie von der schrittweisen Verwirklichung des Sozialismus wiesen das „Endziel“ hauptsächlich dem Gewerkschaftskampf zu und sahen in der parlamentarischen Tätigkeit der Partei die Verlängerung und Ergänzung des vorwiegend ökonomischen Klassenkampfes. Die Linke wies den Kampf für das „Endziel“ – oder besser: die Unterordnung der Teilkämpfe unter den Gesichtspunkt eines gegen die ganze bürgerliche Produktionsweise gerichteten totalen Klassenkampfes – wenn nicht der Partei selbst, gegen deren Mängel ihre Kritik sich ebenso wie gegen die Gewerkschaftsführung richtete, so doch der sozialdemokratischen Aktion zu, deren Formen gewerkschaftlich und parteimässig zugleich gesehen wurden. Für das Parteizentrum fiel die Verwirklichung des Sozialismus unter den Tisch: seine Praxis hatte aufgehört, den Gewerkschaften andere als rein gewerkschaftlich Aktionen zuzumuten. Die Verwirklichung des Sozialismus war in das Jenseits der Parteitagsreden und Leitartikel verdrängt.

In Bezug auf die organisatorischen Formen des sozialdemokratischen Kampfes betonten die Revisionisten die Rolle der Gewerkschaften zwar etwas nachdrücklicher als das Parteizentrum, im Grunde aber überwog jetzt bei beiden Richtungen die Vorstellung einer harmo-

nischen Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft. Für die Absichten der Linken dagegen begann in der letzten Vorkriegsperiode die Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei jeden Sinn zu verlieren. Da der Parteivorstand praktisch mehr und mehr mit den Revisionisten und dem rechten Flügel zu einer Einheit wurde, und da nach dem Mannheimer Friedensschluss zwischen Partei und Gewerkschaft die Generalkommission als die bei grossen Aktionsbeschlüssen entscheidende Instanz der deutschen Arbeiterbewegung anerkannt worden war, fiel die ursprüngliche, von allem Anfang an ideologische Vorstellung der Linken vom Vorrang der Partei in das Reich der reinen Illusion. Rosa Luxemburg musste notgedrungen ihren Gedanken der spontanen revolutionären Aktion der Masse, die im rechten Augenblick nicht ausbleiben werde, mehr als zuvor in den Mittelpunkt stellen. Sie machte sich damit zugleich zur Sprecherin der Massen, deren Konflikte mit der Bürokratie gerade in diesen Jahren das innere Gewerkschaftsleben charakterisierten, zum Beispiel in den grossen Berliner Massenversammlungen jener Jahre, deren Seele Rosa Luxemburg gewesen ist.

Für den linken Flügel in der Partei schien dieser Aufstand der Massen eine Revision der Kapitulation der Partei gegenüber der Generalkommission möglich zu machen. Gleichgültig, wer in der Bürokratie die höchste Instanz war - : was würde aus der ganzen Bürokratie werden, wenn ihre Basis zu schwanken begann?

Bei Kriegsausbruch 1914 trat die in Mannheim formell konstituierte Hierarchie in der deutschen Arbeiterbewegung zum ersten Mal praktisch in Erscheinung. Am zweiten August 1914 beschloss die Vorstandskonferenz der deutschen Gewerkschaften, alle Lohnkämpfe abubrechen und proklamierte den „Burgfrieden“. Am dritten August tagte die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages und entschied sich mit 96 gegen 15 Stimmen für die Bewilligung der Kriegskredite. Am vierten August fand die Reichstagssitzung statt, die den Kriegskrediten zustimmte. Die Politik des vierten August war also die Politik der Generalkommission und der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften. In einer Flugschrift der Generalkommission hiess es: „Die Politik des vierten August 1914 ist der Gesamtausdruck des jahrzehntelangen Wirkens der deutschen Gewerkschaften.“<sup>1</sup>

Der Kriegszustand hat zunächst alle innerorganisatorischen Konflikte verdeckt. Auf der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften am zweiten August konnte Legien erklären; „Wie die Dinge heute liegen, hört die Demokratie in den Gewerkschaften auf, jetzt haben die Vor-

<sup>1</sup> Die Gewerkschaften und die Politik des vierten August 1914. Flugschrift der Generalkommission.

stände auf eigene Verantwortung zu entscheiden, und zwar so, wie sie es vor ihrem Gewissen verantworten können". In der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Generalkommission, Redaktion des „Vorwärts" und der Berliner Pressekommission, die am 23. September 1914 abgehalten wurde, sagte Rosa Luxemburg: „Die Schicksalsfrage der deutschen Sozialdemokratie bleibt vorbehalten für den Zeitpunkt, wo die Partei nicht in kleinen Konventikeln, sondern vor den grossen Massen der Parteigenossen sprechen kann." <sup>1</sup>

Jener Zeitpunkt liegt ausserhalb des Rahmens dieser Untersuchung. In ihn fiel die eine grosse positive Durchführung der Kölner und Mannheimer Beschlüsse von 1905 und 1906, der grosse politische Massenstreik von 1920, der dem Staatsstreich der Kapp und Lüttwitz ein schnelles Ende bereitete.

<sup>1</sup> Das Protokoll dieser gemeinsamen Sitzung befand sich bis 1933 in einer Maschinenschrift im Archiv der sozialdemokratischen Partei in Berlin.

*Berichtigung.*

In der Fussnote 1 auf S. 25 der *Int. Rev. of Soc. Hist.*, Vol. II, 1957, Part 1, muss es heissen: Auer gibt für die achtziger Jahre 16 Auflösungen von lokalen Fachvereinen an, 1884: 4, 1887: 11, 1888: 1.